

## **Der Bundesausschuss politische Bildung (bap) e.V. zum Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“, 2021-2025, vom 24.11.2021**

Am 26. und 27. November 2021 befasste sich der neue Vorstand des Bundesausschusses politische Bildung (bap) e.V. auf seiner Klausurtagung eingehend mit dem am 24.11.2021 veröffentlichten Koalitionsvertrag der zukünftigen Bundesregierung. Der bap e.V. als Vertreter von 30 bundesweit tätigen Verbänden und Einrichtungen der pluralen außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung würdigt die explizite Absichtserklärung der künftigen Bundesregierung zur nachhaltigen Stärkung und Förderung der politischen Bildung und Demokratiebildung entlang der Bildungskette. Angesichts der aktuellen – globalen und lokalen – Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betont der bap dabei die besondere Bedeutung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die entscheidend einbezogen werden muss. Der bap e.V. erklärt seine Bereitschaft, sich als Partner mit – eigener und mitgliederseitiger – langjähriger Erfahrung und großer Sachkenntnis bei der gemeinsamen zukunftsgerechten Gestaltung politischer Bildungsarbeit und der Stärkung der Zivilgesellschaft zu engagieren.

Der bap e.V. begrüßt die Stärkung der Rolle und die unabhängige Arbeitsweise der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und erkennt das Engagement der zukünftigen Bundesregierung in der Frage der Erhöhung der Projektmittel der bpb an. Als bedauerlich wahrgenommen wird, dass dies lediglich für Projektmittel der bpb gelten soll, anstatt die Regelförderung angemessen weiterzuentwickeln und auszubauen und mindestens auf dem Niveau des KJP zu halten. Projektmittelbasiert bedeutet in der Regel prekäre Beschäftigung und unsichere Perspektiven für die Arbeit von Trägern. Um alle Bevölkerungsgruppen erreichen zu können und den komplexen gesellschaftspolitischen Entwicklungen gerecht zu werden, sieht der bap Nachholbedarf bezüglich einer dauerhaften, nachhaltigen und unbürokratischen Förderung der Träger politischer Bildung durch die bpb.

COVID-19 hat die Träger und Organisationen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung stark getroffen und auch viele in ihrer Existenz gefährdet. Der bap befürwortet daher das avisierte Förderprogramm und Investitionen in die digitale Infrastruktur von Volkshochschulen und anderen gemeinnützigen Bildungseinrichtungen. Damit können durch die Pandemie fragil gewordene Begegnungsräume und Teilhabeorte wiederhergestellt werden. In diesem Zusammenhang sieht der bap auch das Bestreben, die ehrenamtlichen Akteure und ihr Engagement als einen Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Demokratiestärkung insbesondere in strukturschwachen Regionen finanziell und strukturell zu unterstützen, als besonders anerkennenswert an. Die Absichtserklärung betreffend die Weiterentwicklung und Sicherung vermehrter Zuwendungen und die Vereinfachung von Förderbedingungen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sehen wir daher als einen richtigen, fördernden Schritt.

Das geplante Demokratiefördergesetz, das einen weiteren Anlauf in der nächsten Legislaturperiode nehmen soll, ist ein wichtiger Baustein für die langfristige zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit gegen Extremismus, Rassismus und rechte Gewalt, durch welchen die Demokratieprojekte und -initiativen langfristig und planungssicher ermächtigt und gestärkt werden können. Die im Vertrag beschriebenen Ziele stehen aber vor allem in der Tradition der Präventionsarbeit, anstatt die Demokratie zu stärken und

demokratische Beteiligungsstrukturen auszubauen. Der bap e.V. hofft auf deutliche Nachschärfung und Berücksichtigung der Qualitätsstandards der politischen Bildung. Der bap erwartet in diesem Kontext die stärkere Einbeziehung von etablierten NGOs in den Gestaltungsprozess sowie gründliche und umfassende parlamentarische Beratungen und kritische Auseinandersetzung mit der vielfältigen Akteurslandschaft.

Vorstand des bap e.V., Bonn/Berlin, 30. November 2021  
Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. c/o GSI Gustav Stresemann Stiftung  
Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn  
Kontakt: [klein@bap-politischebildung.de](mailto:klein@bap-politischebildung.de)